

## PRESSEMITTEILUNG

### **Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit als Chance für Sonneberger Netzwerk**

**Nach der gemeinsamen Erklärung aller Landtagsfraktionen "für ein tolerantes, weltoffenes Thüringen" im vergangenen September wurde eine Arbeitsgruppe geschaffen. Diese erarbeitet derzeit ein "Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit", an dem für die CDU-Fraktion auch die Sonneberger Landtagsabgeordnete, Beate Meißner, mitwirkt. Sie begrüßt die Erarbeitung und informiert über erste Eckpunkte, die laut Meißner auch konkret für den Landkreis Vorteile bieten. So könne die Arbeit des Sonneberger Netzwerks für Demokratie zukünftig durch das Landesprogramm finanziell unterstützt werden.**

Die Kommune ist der entscheidende Ort, an dem die Auseinandersetzung vor allem mit dem Rechtsextremismus geführt wird. Ziel muss es sein, kommunale Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft für das Eintreten für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz zu befähigen und zu bestärken. "Das Landesprogramm kann nur wirksam sein, wenn es direkt in den Kommunen ansetzt", ist sich Meißner sicher. Sie mahnt hinsichtlich einer flächendeckenden Umsetzung des Programms an, die bereits bestehenden lokalen Aktionsbündnisse und Netzwerke für Demokratie einzubinden und stärker zu unterstützen.

Bisher würden zwar lokale Aktionsbündnisse durch den Bund im Rahmen des Programms "Vielfalt tut gut" gefördert – dies betrifft aber nur einzelne Landkreise. Kommunale Netzwerke und Bürgerbündnisse wie das in Sonneberg erhielten bislang keine finanzielle Unterstützung durch Bund. "Das geplante Landesprogramm gegen Extremismus ist somit eine Chance für unsere Region, insbesondere für die wertvolle Arbeit des Netzwerks für Demokratie, das ich seit der Gründung unterstützend begleite", so die Sonneberger CDU-Politikerin.

Im Entwurf des Landesprogramms ist die "Förderung und Unterstützung von lokalen Aktionsplänen, regionalen Kompetenzzentren, Netzwerken und Bürgerbündnissen" vorgesehen. Die sogenannten lokale Aktionspläne (LAP) sollen nach der auslaufenden Bundesförderung weiterhin vom Freistaat kofinanziert werden, aber auch die übrigen Initiativen sollen künftig eine staatliche Förderung erhalten.

"Die geplante Landesförderung außerhalb des Bundesprogramms beträgt für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt bis zu 50 000 Euro", so Meißner. Sie werde sich daher dafür einsetzen, dass das Netzwerk für Demokratie im Rahmen des Landesprogramms auch Berücksichtigung findet. "Dass dieses Geld im Landkreis Sonneberg gut angelegt sei, beweisen die vielen erfolgreichen Veranstaltungen und kontinuierlichen Initiativen, an denen zahlreiche Akteure beteiligt sind. Diese müssen fortgeführt werden und daher auch eine verlässliche finanzielle Grundlage bekommen."